Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 10,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 20. Donnerstag den 20. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont 4 Procent, der Lombardzinsfuß für Darlehne gegen ausschließliche Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines deutschen Staates 4½ Procent, gegen Verpfändung sonstiger Effecten und Waaren 5 Procent.

Berlin, den 18. Januar 1887.

Reichsbank-Directorium.

Vermiethung von Geschäftslocalitäten.

Die z. Z. an Herrn Kaufmann Albert Heine in dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück Markt Nr. 14 vermiethete **Geschäftslocalitäten, welche aus 3 Vorsälen, 2 zweifenstrigen Zimmern** und **einem dreifenstrigen großen Erkerzimmer** in der 1. Etage des Vordergebäudes, **einem großen Niederlagsraum** mit **6 Fenstern** in der 1. Etage des linken Seitengebäudes im ersten Hofe, **mehreren,** mit **einem Aufzug** versehenen **Niederlagsräumen** in der 1. Etage des Mittelgebäudes, **mehreren dergl.** in der 1., 2. und 3. Etage des linken Seitengebäudes im zweiten Hofe, sowie sonstigem **Zubehör** bestehen, sollen **vom 1. April dss. Js. an gegen einhalbjährliche Kündigung**

Dienstag, den 1. Februar dss. Js., Vormittags 11 Uhr

auf **dem Rathhause,** 1. Etage, Zimmer Nr. 16, **an den Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Localitäten schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 15. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 7093/1886. Dr. Georgi. Stiß.

Nutzholz-Auction.

Freitag, den **21. Januar** c. sollen **von Vormittags** 9 Uhr an die im Forstreviere **Connewitz** auf den Mittelwaldschlägen Abthlg. 19, 20 und 25 aufbereiteten Nutzhölzer und zwar:

ca.	105 Eichen-	**Nutzliche,**
	103 Weißbuchen-	
	8 Eichen-	
	138 Rüstern-	
	63 Ellern	sowie
	15 Linden-	
	1 Aspen- und	
	2 Apfelbaum-	
ca.	4 Eichen-	
	4 Rüstern- und	**Schirrhölzer**
	24 Eschen-	

unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der **Connewitzer Linie,** unweit der **weißen und Hauigs-Brücke.**

Leipzig, am 7. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Holz-Auction.

Mittwoch, den **26. Januar** c., sollen im Forstrevière **Connewitz** auf dem Holzschlage in Abth. 25 von **Vormittags 9 Uhr** an

ca. 100 Haufen **starker Abraum** und
„ 100 „ **Schlagreisig (Langhaufen)**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der **Connewitzer Linie,** unweit der **weißen Brücke.**

Leipzig, am 12. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Der am 12. November vor. Js. aus dem Zuchthause zu Waldheim entlassene, unter Polizeiaufsicht zu stellende und hierher gewiesene Stadtmusiker Ernst Oscar Arthur Kirmse von hier ist bisher Meldung nicht nachgekommen und bis jetzt hier nicht eingetroffen.

Wir bitten, gedachten Kirmse im Betretungsfalle anhalten und mittelst Zwangspasses hierher zu weisen, dafern er aber bestimmtes Erwerbsunterkommen haben sollte, nur davon Mittheilung an uns gelangen zu lassen.

Leipzig, am 10. Januar 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Bretschneider. Hellig.

Städtische Realschule.

(Nordstraße 37.)

Die **Anmeldung** neuer Schüler für Ostern erbitte ich mir **Montag, den 24. und Dienstag, den 25. Januar, Vormittags** von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr.

Das letzte Schulzeugniß (vom Michaelis), das Taufzeugniß (oder der Geburtsschein) und der Impfschein sind vorzulegen.

Dr. Franz Pfalz, Director.

Bekanntmachung.

Der mit Packern ohne Werthangabe belastete Postbeiwagen nach Frankfurt (Main) im Zuge vom 18. Januar 3 Uhr 45 Minuten früh von Leipzig nach Corbetha-Erfurt-Eisenach ist auf der Station Corbetha aus noch nicht aufgeklärter Ursache in Flammen aufgegangen. Von dem Inhalt des Wagens haben nur wenige Packete gerettet werden können, die übrigen sind völlig vernichtet. Von den aus Leipzig herrührenden Postpacketen haben sich diejenigen in dem fraglichen Wagen befunden, welche am 17. Januar bei den Postanstalten in Leipzig von Abends 6 Uhr ab und bei den Postanstalten in den Vororten von 2 ipzig von den späteren Nachmittagsstunden ab Abends bis zum Schalterschluß eingeliefert worden sind nach Thüringen, dem Regierungsbezirk Kassel, Hessen, Hessen-Nassau, dem linksrheinischen Theile der Rheinprovinz, den Reichslanden, Baden, Württemberg, Spanien und Frankreich gerichtet gewesen sind.

Die Absender der hiernach in Betracht kommenden Postpackete werden ersucht, die betreffenden Packetsendungen alsbald bei der Einlieferungspostanstalt nach Adresse, Inhalt rc. genau zu bezeichnen, sowie nach Umständen ihre Ansprüche auf Schadenersatz anzumelden.

Leipzig, den 18. Januar 1887.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Walter. Brix.

Kellervermiethung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücke **Markt Nr. 14** sind **zwei** im Vordergebäude nach dem Markte zu gelegene **geräumige Kellerlocale sofort** oder auf Wunsch **von einem späteren Zeitpuncte an** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **zu vermiethen** und werden Miethgesuche auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen.

Leipzig, den 15. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 7093/1886. Dr. Georgi. Stiß.

Nichtamtlicher Theil.

Das Wahlbündniß der nationalen Parteien.

„Man soll auch von dem Gegner lernen"; diese Lehre haben die Vertreter des nationalen Gedankens befolgt und sich eben so zu gemeinsamem Handeln vereinigt, wie es die Deutschfreisinnigen und das Centrum schon lange gethan haben. Beide Parteien mögen keine schriftlich formulirten Abmachungen getroffen haben, aber die gegenseitige Unterstützung, welche sie sich angedeihen ließen, wenn es darauf ankam, einen der Ihrigen im Kampfe mit einem Nationalliberalen oder Centrumsmanne zum Siege zu verhelfen, haben sie schon längst nach Kräften geübt. Der mangelnden Einigkeit der nationalen Parteien im Wahlkampfe gegen die Opposition ist mancher Candidat zum Opfer gefallen, der sonst die Reihen der Rechten des Reichstages verstärkt hätte, das soll und wird jetzt anders werden.

Man darf aber auch nicht außer Acht lassen, daß es daher an einem geeigneten Vereinigungspuncte für die nationalen Parteien fehlte, daß in der That ihre politischen Bestrebungen weit auseinander gingen und daß sich erst in neuester Zeit der Boden gefunden hat, auf welchem Nationalliberale und Conservative unbeschadet ihrer von einander abweichenden politischen Grundsätze gemeinsam zur Wohlfahrt des Reiches zusammenwirken konnten. Nur in einem Puncte waren sie schon vor dem Jahre 1884 einig und das war über die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung des Socialistengesetzes, denn die Heerespräsenzfrage ist überhaupt nur zwei Mal seit Neubegründung des deutschen Reiches Gegenstand der Berathung im Reichstage gewesen: 1874 und 1880. Dagegen fehlte die Einigkeit umsomehr in der Zoll- und Steuerpolitik, und in dieser Beziehung bestehen noch heute Meinungsverschiedenheiten, die so leicht nicht auszugleichen sind. Deshalb heißt es auch in dem nationalliberalen Wahlaufruf: „Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher, entscheidend aber ist heute die Sicherung des Landes, der Friede nach außen und innen." Wir wollen dafür sorgen, daß solche elenden Streitereien, wie sie in dem aufgelösten Reichstage sich breit machten, nicht mehr möglich sind. Bei aller Selbstständigkeit der Parteientwickelung sind es die nationalen Interessen, die einer gemeinsamen, einheitlichen Vertretung bedürfen; der deutsche Reichstag muß den äußeren und inneren Feinden gegenüber in seiner Mehrheit einig sein, und die inneren Feinde sind die Deutschfreisinnigen, das Centrum und die Socialdemokraten. Wenn der Abgeordnete Windthorst behauptet, daß der deutsche Reichstag dem Auslande gegenüber stets einig sei, so ist das in seinem Munde eine Phrase; wäre diese Einigkeit in Wahrheit vorhanden, dann hätte die Opposition das Septennat angenommen und die Auflösung des Reichstages wäre nicht nöthig gewesen.

Heute hat sich für die nationalen Parteien durch die Schuld der Opposition ein Vereinigungspunct dargeboten, welcher **Das,** was uns von den Conservativen trennt, gänzlich unberührt läßt, und dieser Punct ist das Septennat. Die vereinten Anhänger dieses Compromisses werden ihre Anstrengungen bei den Wahlen vereinigen, um möglichst viele Vertreter des Septennatsgedankens in den Reichstag zu bringen. Daß dadurch der nationalliberale Wähler noch **nicht conservativ wird** und der conservative **Wähler nicht nationalliberal, liegt auf der Hand; aber die Deutschfreisinnigen stellen die Sache so dar,** indem sie von einer „reactionairen Mischmaschpartei" sprechen, welche das Ziel des Wahlbündnisses der nationalen Parteien sei. Wir halten es für besonders zweckmäßig, daß bei Abschluß des Wahlbündnisses nur das Septennat zum gemeinsamen Stichwort gewählt worden ist, gerade dadurch wird der Unterstellung wirksam entgegengetreten, daß ein Aufgeben des bisherigen Parteistandpunctes der verbündeten Parteien in Aussicht genommen sei. Wir wollen durch das Bündniß nicht neue Anhänger des Septennats schaffen, sondern nur dafür sorgen, daß die vorhandenen Anhänger auch zur Geltung kommen und nicht durch die Uneinigkeit der mit dem Septennate einverstandenen Parteien am Erscheinen im Reichstage und an der Geltendmachung ihrer Meinung verhindert werden zum Schaden der Gesammtwohlfahrt. Es läßt sich wohl aber mit Sicherheit annehmen, daß die Anhänger des Septennats auch Anhänger der ferneren Geltung des Socialistengesetzes und der Colonialpolitik der verbündeten Regierungen sind. Diese drei Fragen haben das Gemeinsame, daß sie unzweifelhaft national sind. Und gerade in diesen Fragen ist der Gegensatz der Parteien in der allerschlimmsten Weise zum Ausdruck gekommen. Der nationalliberale Wahlaufruf nennt das mit Recht die rücksichtslose Geltendmachung von Fractionsprogrammen, und nichts ist der deutschen Einheit so gefahrdrohend als die Fractionspolitik. Diese Politik war es, welche schon einmal die Verletzung des nationalen Schwerpunctes aus dem Reichstage in den preußischen Landtag zur Folge gehabt hat — bei der Polenfrage. Der Reichstag nahm für die Polen Partei und der preußische Landtag billigte die Maßregeln der Regierung zum Schutze des Deutschthums in den polnischen Landestheilen.

Das Gebiet, auf welchem sich die parlamentarische Opposition geltend machen kann, ist, abgesehen von den großen nationalen Fragen, in welchen zum Heile des Ganzen Einigkeit herrschen muß, so umfangreich und vielgestaltig, daß sich die Deutschfreisinnigen und die Centrumsparteien wahrlich damit begnügen könnten. **Was wir diesen Parteien hauptsächlich zum Vorwurf machen, ist, daß sie ihr Augenmerk in erster Linie auf Das richten, was uns trennt, statt auf Das, was uns eint. Die** Volksvertretung darf freilich nicht aus lauter bedingungslosen Jasagern bestehen, es giebt auch politische Rechte, auf deren Erhaltung hoher Werth zu legen ist. Aber diese Rechte waren nicht in Gefahr gebracht durch die Forderung der Erhöhung der Heerespräsenz um 41,000 Mann, und es ist eine durch nichts gerechtfertigte Verdächtigung durch den deutschfreisinnigen Wahlaufruf, daß die verbündeten Regierungen den Reichstag aufgelöst haben, um mit Hilfe eines gefügigeren Reichstags die politischen Rechte zu verkürzen, das Wahlrecht zu ändern und die abgelehnten Monopole zur Annahme zu bringen.

Das Wahlbündniß der nationalen Parteien hat die sehr heilsame Wirkung, dem deutschen Volke zu zeigen, daß sich die Parteien in Deutschland durchaus nicht so schroff gegenüberstehen, wie es nach der bisherigen Entwickelung scheinen mußte, daß es zahlreiche und einflußreiche Wähler giebt, welche einen Unterschied zu machen wissen zwischen Gesammtinteresse und Fractionsinteresse. Der Fractionsterrorismus der Oppositionsparteien ging bisher so weit, daß sich Freisinnige und Nationalliberale, Centrumsmänner und Conservative in nationalen Fragen als unversöhnliche Gegner bekämpften. Das ist der ungesunde Zustand, welchem ein Ende gemacht werden muß, und zur Erreichung dieses Zieles ist das Wahlbündniß der nationalen Parteien ein erster folgenschwerer Schritt. Als Bennigsen sein Mandat zum deutschen Reichstage niederlegte, war der Gegensatz zwischen Reichsregierung und Parlament der Hauptgrund dieses Schrittes; heute ist dieser Gegensatz überwunden und es handelt sich nur noch um die Lahmlegung des Fractionsterrorismus. Diese Krankheitsform ist nicht so hoffnungslos, daß ihre Heilung nicht thatkräftig angestrebt werden könnte. Das von den nationalen Parteien angewendete Mittel wird sich voraussichtlich als probat erweisen; die nationalen Bestrebungen werden in Deutschland auf den unvermeidlichen Beruchtheil eingeschränkt werden, und die deutsche Einheit wird über ihre Widersacher im eignen Lande triumphiren. Das würden wir als die schönste Frucht des Wahlbündnisses der nationalen Parteien begrüßen.

Leipzig, 20. Januar 1887.

* Die Veröffentlichung der von dem **Reichskanzler** in Aussicht gestellten **Kaiserproclamation** wird gegen Ende dieser Woche erwartet.

* Auf Sonntag 30. Januar ist ein großer nationalliberaler Parteitag für die Pfalz und die anliegenden südwestdeutschen Gebiete in Neustadt a. d. H. in Aussicht genommen, wozu Herr Miquel den Vortrag übernommen hat. Sonntag 23. Januar findet in Hannover eine Landesversammlung für die Provinz unter Vorsitz des Herrn v. Bennigsen statt. Hierbei wird auch die Candidatenfrage für die Provinz Hannover gelöst und über die von Herrn v. Bennigsen zu übernehmende Candidatur entschieden werden. Auch hinsichtlich eines Wahlaufrufes für Herrn Miquel sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

* Ueber den **deutschfreisinnigen Wahlaufruf** schreibt die „Nationalliberale Correspondenz":

Gleichzeitig sind die drei Wahlaufrufe der conservativen, der nationalliberalen und der deutschfreisinnigen Partei veröffentlicht worden. Während die beiden ersteren, wie billig, den eigentlichen Gegenstand des jetzt entbrannten Streites, die Militärvorlage, in den Vordergrund stellen und die Sicherung unserer Wehrkraft als das entscheidende Ziel dieses Wahlkampfes betrachten, liegt der Schwerpunct des deutschfreisinnigen Aufrufs in der Vertheidigung und Bekämpfung von Gehässigkeiten, die gar nicht vorhanden sind, sondern von den fortschrittlichen Parteiführern lediglich zu Agitationszwecken an die Wand gemalt werden, um die Wähler zu erschrecken und ihre Augen von dem eigentlichen Gegenstand, um den es sich jetzt handelt, abzulenken. Da lesen wir von der Gefahr eines absoluten Regiments, vom Branntwein- und Tabaksmonopol, von Beraubung der Grundlagen unserer Reichsverfassung, namentlich des allgemeinen Wahlrechts. Wenn wirklich solche Gedanken in einzelnen Köpfen gehegt werden sollten, wer giebt der deutschfreisinnigen Partei das Recht, Allen die in der Militärfrage auf der Seite der Regierung stehen und die Billigung der Majorität Richter-Windthorst-Bebel zum Wohl des Vaterlandes und zur Gefährdung der parlamentarischen Zustände für nothwendig halten, den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, sie planten finstere Anschläge gegen die Reichsverfassung und das Wahlrecht oder strebten nach Staatsmonopolen für große Wirthschaftszweige? Wie können sich die deutschfreisinnigen Parteiführer erkühnen, den Nationalliberalen solche Absichten unterzuschieben? Sie haben dazu auch nicht einen Schein von Berechtigung und wissen selbst ganz gut, daß solche Pläne, wenn sie wirklich von einigen Heißspornen auf der Rechten gehegt werden sollten, auch in einem unter der Parole: „Für das Militärgesetz!" gewählten Reichstag nimmermehr auf Zustimmung zu rechnen hätten. Es mag demagogisch zu verwerthen sein, solche Schreckbilder hervorzuzaubern, aber der Wahrheit und Ehrlichkeit entspricht es nicht. Daß in dem Arsenal der deutschfreisinnigen Agitationswaffen auch die Reichseisenbahnsteuer des Herrn Richter nicht fehlt, versteht sich von selbst. Wozu wäre der Antrag denn auch gestellt worden? Im Reichstag haben seine eigenen Urheber ihn so geringschätzig behandelt, daß sie ihn in der Verhandlung kaum gestreift haben. Es war eben nur zur Aufhetzung der Massen gegen die besitzenden Classen gestellt. Wir möchten sehr wünschen, es würde mit dem dem Antrag zu Grunde liegenden Ziel einer stärkeren Heranziehung der größeren Einnahmen zu den Staatslasten auf gerechter, verständiger und praktisch durchführbarer Basis ein ernster Versuch gemacht, dann würden die Deutschfreisinnigen doch wieder die ersten, die unter irgend einem Vorwand Widerstand leisteten, gerade wie sie es bei allen Versuchen, die Bäche anzulassen, gethan haben. Ernst gemeint sind ja solche Anträge nicht, aber zur Agitation sind sie gerade recht.

* **Auch der Wahlaufruf des Centrums** wird jetzt veröffentlicht, ein überaus langathmiges und mattes Actenstück. Wir möchten in demselben nur auf Einen Umstand aufmerksam machen. Der Aufruf geht ziemlich weitläufig auf die wirthschaftlichen Fragen ein, die Steuerpolitik, die Maßregeln zur Hebung der Landwirthschaft, die Schutzzölle, die socialpolitische Gesetzgebung, der Arbeiterschutz, die Handwerkerfrage u. A. werden berührt. In allen diesen Fragen sind die Gegensätze zwischen den Bestrebungen des Centrums und der Fortschrittspartei so groß wie nur irgend denkbar. In demselben Augenblick aber, wo das Centrum mit ruhmredigem Stolz auf seine Thätigkeit auf allen diesen Gebieten hinweist, schickt es sich an, seine größten Gegner in allen diesen Fragen in den Reichstag zu senden. Ohne ultramontane Hilfe kommt ja kein Dutzend Deutschfreisinniger mehr in den Reichstag. Unser öffentliches Leben ist reich an Widersprüchen und Sonderbarkeiten. Darunter aber ragt doch ganz besonders eine Politik und Taktik hervor, wie die der Ultramontanen, die zugleich die verderbliche Wirksamkeit des Liberalismus beklagen und ihn in seiner extremsten Gestalt in seiner parlamentarischen Stellung schützen.

* Die Commission des preußischen Herrenhauses zur Berathung des Adreß-Entwurfs an Se. Majestät trat am Dienstag bald nach 2½ Uhr im sogenannten Matrikelzimmer zusammen. In der Sitzung erschien auch der Ministerpräsident Fürst Bismarck als Mitglied des Herrenhauses. Die Commission besteht aus den Herren: Herzog von Ratibor, Graf von Arnim, Dr. Beseler, Freiherr von Solemacher, von Rochow, von Kleist-Retzow, Graf zur Lippe, von Klitzow, Dr. Friedenthal, Graf Pfeil, von Mellenthin, Professor Dr. Dernburg. Die Commission hatte um 4½ Uhr den Entwurf der Adresse festgestellt. Der Inhalt derselben wird geheim gehalten. Kurz nach Schluß der Commissions-Sitzung verließ der Minister-Präsident das Haus, zu Fuß, raschen Schrittes die Leipziger Straße entlang nach dem Potsdamer Thor zuschreitend, von den ihm Begegnenden achtungsvoll begrüßt.

* Den Umstand, daß Freiherr v. **Solemacher** die Initiative zu dem Adreßantrag im Herrenhause ergriffen hat, sucht die klerikale Presse durch möglichst unbefangene Charakterisirung seiner kirchenpolitischen Parteistellung unschädlich zu machen. Betreffs des immer als ultramontan hervorgetretenen Grafen Brühl ist dies aber unmöglich, und so sagt die „Kölnische Volks-Zeitung" offen: „Im katholischen Volk wird man es bedauern, daß auch der Graf Brühl, der im Culturkampf manchen Strauß zu Gunsten der Kirche ausfocht, den Unterzeichnern sich zugestellt hat". Vielleicht wird man es im katholischen Volk doch nicht überall „bedauern", sondern auch daraus schließen, daß der „Culturkampf" zu Ende ist.

* Die allerhöchste Cabinetsordre, durch welche das Abschiedsgesuch des bisherigen Commandirenden des 2. Armeecorps, Generals der Infanterie v. **Dannenberg**, bewilligt wurde, lautet, wie folgt:

„Ich entspreche nunmehr Ihrem Mir unter dem 5. December pr. eingereichten Gesuche, an dessen ernster Begründung Ich leider nicht zweifeln kann, indem Ich Sie hierdurch mit der gesetzlichen Pension zur Disposition stelle. — Zugleich wünsche Ich Meinem Königlichen Dank und Meiner warmen Anerkennung für Ihre langjährigen treuen und hervorragend erfolgreichen Dienste noch besonderen Ausdruck zu geben, indem Ich Sie à la suite des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 stelle. Ihrem Namen wird hierdurch die wohlverdiente Ehrenstelle in dem Corps, dessen bewährter Chef des Generalstabes Sie in zwei Kriegen waren, und in dem Regiment zu Theil, in dessen Reihen Ihrer ehrenvolle Dienstzeit begonnen. Möge Ihr Name noch recht lange an dieser Ehrenstelle stehen, das ist der herzliche Wunsch

Ihres dankbaren Königs.
gez. Wilhelm.

Berlin, den 15. Januar 1887."

* **Kaiser Franz Joseph** telegraphirte zum russischen Neujahrsfeste an den **Kaiser von Rußland:** „Ich hege die feste Ueberzeugung, daß es uns bei vorurtheilsloser Beurtheilung der Sachlage und geleitet von unseren Gefühlen gelingen werde, die Schwierigkeiten, die uns umgeben, zu beseitigen und unseren Völkern die Segnungen des Friedens zu erhalten."

* In **Griechenland** sind am Sonntag die **Neuwahlen für die aufgelöste Deputirtenkammer** vorgenommen worden, über deren Ausfall ein Telegramm aus Athen uns meldet: „Nach den bis jetzt bekannten Ergebnissen der Kammerwahlen verfügt das Ministerium über eine große Majorität, sämmtliche Minister sind gewählt." Wenn sich die Meldung vollinhaltlich bestätigt, so wäre dies Ergebniß ein seltener Fall in Griechenland. Der wahre Grund der Kammerauflösung war, daß Trikupis für seine in Aussicht genommenen Steuergesetze keine sichere Majorität hatte. Bei der bekannten Abneigung des griechischen Volkes gegen Steuerzahlen würde der Ausfall der Neuwahl zu Trikupis Gunsten beweisen, daß die Griechen auf Erschütterung des Friedens rechnen und entschlossen sind, Opfer für eine Flotte zu bringen, die schließlich zu einer Vergrößerung ihres Reiches führt.

* Man schreibt uns aus **Brüssel** vom 18. Januar: „Aus dem Bassin von Charleroi wird eine heftige Erregung unter den Grubenarbeitern gemeldet. Die Streiks dehnen sich in dieser Gegend immer weiter aus, und die Zahl der feiernden Arbeiter beträgt bereits wieder über 2000. Große Gruppen streiken seit Monaten, ohne eine Aufbesserung zu erhalten, und es ist begreiflich, daß die Lage der Leute in dieser Jahreszeit sich immer mehr verschlimmert. Es geht auch das Gerücht, daß binnen Kurzem eine allgemeine Arbeitseinstellung in den Berg- und Metallwerken zu erwarten sei. Jedenfalls hat man in Regierungskreisen die ernstesten Besorgnisse und insbesondere fürchtet man, daß gegenüber der ablehnenden Haltung der Kammer-Majorität in der Frage der allgemeinen Dienstpflicht bei der nächsten Aushebung im Frühjahr schwere Unruhen bevorstehen. In Brüssel steht seit 14 Tagen je ein Regiment der Besatzung marschfertig, um bei der ersten Nachricht nach den bedrohten Bezirken abzurücken."

* Auf die Gestaltung der **belgischen** Arbeiterverhältnisse werfen die obigen Andeutungen kein günstiges Licht. Selbst wenn im concreten Falle die Meldung sich als unzutreffend erweisen sollte, so wäre damit noch wenig genug gewonnen. Denn thatsächlich herrschen unter der Arbeiterbevölkerung von Charleroi wie in allen übrigen belgischen Industriebezirken die Einflüsse der socialrevolutionären Propaganda so mächtig wie nur je, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich dieselben wieder zu Thaten verdichten werden, welche jenen des vergangenen Frühjahrs gleichkommen, wo nicht sie noch weit in den Schatten stellen. Strenge Winter sind den materiellen Existenzbedingungen der arbeitenden Classen im Allgemeinen nicht eben zuträglich; die Proclamirung allgemeiner Arbeitseinstellungen mag sich also für den Moment von selbst verbieten, und mit theilweisen Streiks ist den Leitern der Bewegung nicht gedient. Wenn daher gesagt wird, daß die Führer der Bewegung nach Charleroi gereist seien, um im beruhigenden Sinne zu wirken, so versteht es sich von selbst, daß diese Art von „Beruhigung" nicht allzu buchstäblich genommen werden darf. Leute, die vom socialen Kriege leben, können im Ernste nicht als Apostel des socialen Friedens gedacht werden. Der socialrevolutionaire Generalstab in Brüssel erachtet die Internirung von Streiks im gegenwärtigen Augenblicke vielleicht für inopportun — das ist Alles. Ob er die Arbeiterbataillone des Kohlenbeckens von Charleroi hinreichend disciplinirt hat, um ihrer bedingungslosen Subordination gewiß zu sein, ist eine zweite Frage, die noch ihrer Entscheidung harrt. An Ort und Stelle traut man dem Frieden so wenig, daß alsbald die Bürgerwehr unter